

nur den gleichen Fehler wie jene amerikanischen Unterhändler machen, die 1994 das Genfer Rahmenabkommen mit Nordkorea aushandelten und sich nicht im entferntesten vorstellen konnten, dass das Regime zehn Jahre später noch immer dasselbe sein würde. Kurz: Wir hätten dann zwar Zeit – ein vermeintlich wertvolles diplomatisches Gut – gewonnen, aber sonst nichts.

Das ist der Preis dafür, von der Haltung abgewichen zu sein, dem Iran nur Urananreicherungskapazitäten zuzugestehen, die „mit dem praktischen Bedarf vereinbar sind“ (dies geschah effektiv mit der Einigung auf die „Schlüsselparameter künftiger Vereinbarungen“ im November 2013). Tatsächlich haben die EU-3 + 3-Staaten im Laufe des Jahres 2013 unter dem Druck der USA ihre „Roll-back“-Strategie aufgegeben und gegen eine reine Eindämmungsstrategie eingetauscht.

Und selbst wenn der Iran die Pläne zur militärischen Nutzung von Atomkraft wirklich aufgeben sollte, deutet nur wenig darauf hin, dass das die politische Situation nachhaltig verändern würde. Vielmehr könnte eine Einigung die konservativen Strömungen in der iranischen Politik stärken. Khamenei könnte klarstellen wollen, dass er noch immer das Sagen hat und die pragmatischeren Teile der iranischen Führung vom politischen Wettbewerb ausschließen. Zudem sollte man sich daran erinnern, dass die Dämonisierung der USA und Israels Teil der politischen DNA der Islamischen Republik ist. Washington wird seinen Partnern und Alliierten zeigen wollen, dass es keine weiteren Kompromisse mit einem Regime eingehen wird, das seit 1979 einer der bedeutendsten Sponsoren des internationalen Terrorismus und ein destabilisierendes Element im Nahen Osten ist. Auch gilt es, sich daran zu erinnern, dass Saudi-Arabien eine amerikanisch-iranische Annäherung genauso sehr fürchtet wie eine iranische Atombombe und dass, wie es die Ereignisse im Jemen demonstrieren, Washington nicht beabsichtigt, die „Seiten zu wechseln“.

Lausanne ist kein „München“ und, um bei nahöstlichen Metaphern zu bleiben, aber definitiv auch kein „Camp David“. Nach dem „Oslo“ des November 2013 ist es bestenfalls eine Roadmap.

Dr. Bruno Tertrais ist Senior Research Fellow bei der Fondation pour la Recherche Stratégique.

## Die Dämonisierung der USA und Israels gehört zur politischen DNA



### Besser als nichts, aber keine Lösung

Der Iran bleibt „virtuelle Atommacht“, im Moment großer Machtfülle

Grundsätzlich ist es positiv zu bewerten, dass die Möglichkeit einer diplomatischen Einigung im Streit um das iranische Atomprogramm bestehen bleibt. Die beiden anderen möglichen Optionen – nämlich den Iran mit militärischen Mitteln an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern versuchen oder ihn ein-

fach gewähren zu lassen – sind jedenfalls wesentlich schlechter. Stattdessen kann nun ein Verletzer des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) in das Vertragsregime zurückgeführt werden. Damit würde verhindert, dass der Iran sich – wie Nordkorea – aus dem Vertrag verabschiedet.

Die gemeinsame Presseerklärung von Mogherini und Sarif und das „Fact-sheet“ des amerikanischen Außenministeriums zum Verhandlungsstand weichen stark voneinander ab. Ziel des State Department ist wohl, den US-Kongress von weiteren Iran-Sanktionen abzuhalten. Sonst würde eine endgültige Einigung unmöglich. Umgekehrt sah die iranische Seite die Lausanne-Vereinbarung von vornherein als ein allgemein zu haltendes Papier an. Der eigenen Öffentlichkeit soll gezeigt werden, dass das Atomprogramm kaum eingeschränkt wurde. Das wirft jedoch die Frage auf, wie groß der gefundene gemeinsame Nenner tatsächlich ist.

Positiv ist auf jeden Fall die iranische Bereitschaft zur Beschränkung des Urananreicherungsprogramms sowie des Schwerwasserprogramms. Da Teheran diese Programme allerdings nicht vollständig aufgibt, werden nunmehr Anlagen legitimiert, die vom Iran nicht wie erforderlich der IAEO gemeldet

### **Der Iran wird dank des Abkommens „virtuelle Atommacht“ bleiben**

worden waren – eine Kröte, die man wohl schlucken muss, denn die iranische Seite muss ihr Gesicht wahren können. Bei einer kompletten Aufgabe von Urananreicherung und Schwerwasserprojekten wäre dies nicht möglich. Zugleich gilt, dass der Iran für ein wirklich nur friedliches Atomenergieprogramm diese Anlagen keineswegs benötigt. So hat beispielsweise die Schweiz seit vielen Jahren fünf Leichtwasserreaktoren in Betrieb. Ihr Anteil an der heimischen Stromproduktion beträgt etwa 40 Prozent – ein Wert, von dem der Iran mit seinem einzigen Kraftwerk in Buschehr weit entfernt ist. Wie die allermeisten Betreiber friedlicher Nuklearprogramme unterhält die Schweiz allerdings keine eigene Urananreicherung, sondern bezieht die Brennelemente auf dem internationalen Markt.

Da der Iran diese Anlagen weiterführen darf – wenn auch unter Kontrollen und Einschränkungen –, wird das Land eine „virtuelle Atommacht“ bleiben. Der Iran wird auch künftig alle notwendigen Elemente eines Atomwaffenprogramms behalten: Die Fähigkeit zur Herstellung spaltbarer Materialien für Waffenzwecke; das Wissen zur Herstellung von Sprengköpfen; und die entsprechenden Träger wie ballistische Raketen, die kein Bestandteil eines künftigen Übereinkommens sein werden. Immerhin bietet das Abkommen die Möglichkeit, diesen virtuellen Status als Atommacht einzuschränken. Damit dies gelingen kann, sind hingegen eingehende Überprüfungen vonnöten.

In dieser Hinsicht überrascht, dass nach der Lausanne-Übereinkunft verschiedentlich geäußert wurde, der Iran sei bereit, sich einem sehr weitgehenden Untersuchungsmechanismus zu unterwerfen. Denn das erschließt sich aus den öffentlich vorgelegten Texten nicht. In der Erklärung von Mogherini und Sarif heißt es u.a., Teheran sei zu einer vorläufigen Anwendung des Zusatzprotokolls zu den IAEO-Sicherungsmaßnahmen bereit. Ferner könne die IAEO moderne Technologien verwenden und werde Zugang infolge gemeinsam zu

vereinbarer Prozeduren erhalten. Das klingt sehr allgemein. In der für das heimische Publikum erstellten Zusammenfassung der Lausanne-Ergebnisse des iranischen Außenministeriums wird sogar relativiert, der Iran werde das Zusatzprotokoll freiwillig umsetzen. Mit anderen Worten: Diese Freiwilligkeit kann auch wieder beendet werden. Die Verhandlungspartner sind bei der zentralen Frage der Überprüfung daher wohl noch sehr weit voneinander entfernt.

Das anzustrebende Verifikationsregime muss weit über das Zusatzprotokoll zu den IAEO-Sicherungsabkommen hinausgehen. Auch alle Fragen aus der Vergangenheit des iranischen Atomprogramms müssen möglichst geklärt werden. Parallel zu den iranischen Verhandlungen mit der EU-3 + 3 konferiert Teheran hierzu mit der IAEO, ohne jedoch zur Aufklärung seines früheren Atomwaffenprogramms bereit zu sein.

Selbst falls ein intrusives Verifikationssystem vereinbart würde, wäre dessen zuverlässige Umsetzung keinesfalls gesichert. Teheran könnte bestimmte Inspektoren ablehnen oder den Zugang zu bestimmten Einrichtungen und Anlagen verwehren. Welche Auswirkungen hätte dies dann auf die vom Iran geforderte Aufhebung von Sanktionen?

Was zu dem Punkt führt, dass die Sequenzierung der Aufhebung der Sanktionen und der Umsetzung der anderen Bereiche eines künftigen Abkommens, insbesondere der Überprüfung, noch unklar bleibt. Es ist wohl kaum wahrscheinlich, dass es zu „Snap-back“-Sanktionen käme, bloß weil der Iran bestimmte Teile des Überprüfungsmechanismus umginge. Das wirtschaftliche Interesse am sehr attraktiven iranischen Markt ist auch im Westen eindeutig. Zudem ist die internationale Koalition bereits jetzt brüchig, wie man an den nun avisierten russischen Lieferungen moderner Luftabwehrsysteme vom Typ S-300 an den Iran sieht. Ferner ist die beabsichtigte Geltungsdauer der Beschränkungen für das iranische Nuklearprogramm von zehn bis 15 Jahren recht kurz. Es ist wohl auch nicht – wie eigentlich wünschenswert – vorgesehen, dass Beschränkungen erst im Lichte der vertragsgetreuen Umsetzung des Abkommens durch den Iran aufgehoben werden, anstatt nach einem vorab vereinbarten Zeitplan.

**Für Teheran könnte  
der Augenblick kaum  
günstiger sein**

Schließlich würde der Iran eine Vereinbarung zu seinem Atomprogramm zu einem sehr günstigen Zeitraum unterzeichnen. Teheran hat seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten wie nie zuvor ausgedehnt. Schon die Tatsache, in jahrelangen Verhandlungen zu strategisch wichtigen Fragen dem Westen Paroli geboten zu haben, dürfte Teherans regionalen Geltungsdrang weiter beflügeln. Ein von Sanktionen befreiter Iran mit dem Status einer virtuellen Atommacht dürfte zu einem dauerhaften regionalen Machtzentrum heranwachsen.

Kurzum: Das sich nun abzeichnende Abkommen verzögert das iranische Atomprogramm und führt zu einer gewissen Transparenz. Das ist besser als nichts. Eine nachhaltige Lösung, die Teheran dauerhaft von der Bombe fernhält, ist es aber nicht.

Dr. Oliver Thränert leitet den Think Tank am Center für Security Studies der ETH Zürich und ist Senior Fellow (Non-Resident) der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.